

Erste in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Verlagsstellen
auf den 1. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
König, Gedde und Bergsch. Buch-
handlung auch auf den 1. und 3. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
best. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
best. Privatangelegenheiten und Höhe 20
Zeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Verlagsstellen und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New-York: Bog. demer. Genossen-
schaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Dol., 600 North
3rd Street.
J. Bell, 1123 Charlotte Str.
Chicago: W. Conrermann, 204 Divi-
sion Street.
San Francisco: J. Gog, 418 O'Far-
rell Street.
London: South, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Nr. 21.

Freitag, 17. November.

1876.

Unsere Gegner.

VII.

Unser biederer Schutze von Mainz, der unter Tausenden, und habe er sich noch so sorgfältig verkleidet, an seinem penetranten denun-
ciatorischen Dufte sofort zu erkennen ist, apportirt als „M vom
Mittelrhein“ dem „Hamburgischen Correspondent“ (vom 11. Nov.)
folgendes uns doppelt interessirende Artikelchen:

„Ueberaus charakteristisch ist das Verhalten der sozialdemo-
kratischen Blätter zu der bekannten v. Unruh'schen Schrift über
„das, was die Sozialdemokratie verspricht“ und gewiß würde,
wenn unsere Presse es der Mühe werth fände, sich anders als ge-
legentlich mit diesem Gegenstande zu befassen, ein ebenso aus-
giebiges wie dankbares Besprechungs-Gebiet gewonnen sein. Die
genannten Blätter verfolgen nämlich auch in diesem Falle die
alte Taktik, auf die ihnen unbequeme Schrift alle nur erdenk-
lichen Beschimpfungen(?) und Berunglimpfungen zu wälzen und
unter dem Lärm des Geschimpfes (!!) die Thatsache zu
verbergen, daß eigentlich gar nichts widerlegt, ja eine Wider-
legung oder auch nur eine ernsthafte Widerlegung oder auch nur
eine ernsthafte Zeugnung der den Sozialdemokraten zugeschrie-
benen Grundzüge und Bestrebungen gar nicht versucht wird. Be-
treffs desjenigen z. B., was Unruh über die sozialdemokratische
Auffassung der Ehe sagt, wird zwar mit allem Aufgebot der
Entrüstung gethan, als ob die durchaus decenten (!!!) Darlegungen
der Broschüre ein ungläubliches Bild sittlicher Verworfenheit
bieten, aber irgend eine positive Behauptung, welche dem Aus-
gangspunkte und den Consequenzen der Unruh'schen Darlegung
entgegenströme, wird man vergebens suchen. Dieser Ausgangs-
punkt besteht bekanntlich darin, daß, da die sozialdemokratische
Ehe lediglich auf die bestehende bzw. fortdauernde Neigung ge-
gründet und durch kein festes Band irgend einer Art garantiert,
wohl aber die Lösung eines derartigen Verhältnisses auf's
Aeußerste erleichtert sein soll, diese Ehe notwendig zu einem
bloßen Gelegenheitsbände sich gestalten müsse, welches jeder
wieder zerreiße, sobald es ihm beliebt. Die durchaus sozial-
demokratische Idee der „Kindererziehung durch den Staat“, die
ja ein unerlässliches Correlat derjenigen Gesellschaftsform bildet,
zu welcher die sozialistische Entwicklung mit innerer Notwendig-
keit hindrängt, des reinen Communismus nämlich (es ist dies
gerade von unseren Sozialdemokraten schon oft in der bestimm-
testen Weise ausgesprochen worden), raubt vollends den Familien
jeden Zweck des Bestehens, so daß dann die Ehe gar nichts
anderes mehr sein kann, als ein vorübergehendes Geschlechtsver-
hältnis. Gegen diese Grundlage der Unruh'schen Beweisfüh-
rung weiß der sonst so wortreiche und von banalen „Argu-
menten“ überfließende „Vorwärts“ kein Wort vorzubringen —
er schimpft eben nur. Mit Sicherheit läßt sich voraussagen,
daß in Betreff der übrigen Punkte der Eigentumsverhältnisse,
der Kultur-Entwicklung, des Staatslebens u. im erstreckten so-
zialistischen Staat ganz das Rämliche zu Tage treten wird.
Das Schimpfwörter-Verikon wird bis aufs Letzte aus-
geleert werden, an den nichtswürdigsten Verdrehungen und
persiden Unterstellungen wird es nicht fehlen, aber der Beweis
dafür, daß mit diesem und mit jenem die Sozialdemokratie
verleumdet worden, wird nirgendwo erbracht werden können und
daher auch gar nicht ernstlich versucht werden. Es handelt sich
nur darum, bei den eigenen Anhängern die Eindrücke zu er-
wecken, wie abscheulich und dabei von persönlich so nichtsnutzigen
und unbedeutenden Menschen die Sozialdemokratie verleumdet
werde; einen andern Zweck haben diese angeblichen Zurück-
weisungen gar nicht, dies ist daher auch der Maßstab, mit dem
sie gemessen werden dürfen. Wir unsererseits sind keineswegs
in allen Punkten mit der Unruh'schen Broschüre einverstanden
und geben sogar zu, daß dieselbe hier und da die wünschens-
werthe genaue Sachkenntnis vermissen läßt; auch der
eigentliche Kernpunkt des Uebels, der gänzliche Man-
gel einer gemäßigten, religiösen Seite (!) im Sozialismus
wird sehr nebenher berührt. Aber die offensbare Unbe-
quemlichkeiten, welche diese Schrift den Sozialdemokraten verur-
sacht, ist uns doch wichtiger als die hochweise Bemerkung der
mit letzteren liebäugelnden „Frankfurter Zeitung“, man müsse
sich, um die Sozialdemokratie billig zu beurtheilen, in eine ganz
andere Welt- und Lebensauffassung hinein versetzen. Das mag
der Philosoph thun, aber der Politiker hat andere Aufgaben.“
So Herr Schulze. Wir beglückwünschen Herrn von Unruh
zu dem Compliment seines Parteigenossen. Die Broschüre „läßt
hie und da die wünschenswerthe Sachkenntnis vermissen“ — wir
hätten es wirklich nicht für möglich gehalten, daß Herr Schulze
der Wahrheit so nah kommen würde! Dieses Urtheil aus diesem
Munde ist die schärfste Verurtheilung, und daß ein Unruh von
einem Schulze den Vorwurf der „Sachkenntnis“ auf vollen-
wirthschaftlichem und sozialen Gebiet hinnehmen muß, ist so be-
schämend, daß wir den so grausam Gefraßten für heut mit seinen
Gefühlen allein lassen wollen. Auf die Lösung des Räthfels,
wie eine ohne „die wünschenswerthe Sachkenntnis“ geschriebene
Broschüre dem Sozialismus den Garauß machen soll, verzichten
wir von vornherein; es gehört dazu die Logik und Hirnmatricie
eines Schulze.

des Sozialismus. Von einem Volkswirth“). Die Schrift
war ursprünglich in den „Deutschen Blättern“ erschienen und
hatte wegen der Gediegenheit des Inhalts und der zu Tag
tretenden Bemeisterung des Stoffes derartiges Aufsehen erregt,
daß ein Sonderabdruck in Brochürenform sich nothwendig machte.
Dem Verfasser, „einem unserer hervorragendsten „Volkswirthe“
und Politiker“ (wohl Schäßle?) ist es ergangen wie jedem
ehrlichen und denkfähigen Gegner, der sich in das Studium des
Sozialismus vertieft: er ist Sozialist geworden — zwar noch
nicht erklärter Sozialist, aber doch Sozialist im Wesen — und
weist mit ebensoviel Scharfsinn, als Sachkenntnis (werden Sie
nicht roth, Herr von Unruh?) nach, daß alle bisher gegen
den Sozialismus erhobenen Einwendungen durchaus
haltlos sind und auf (absichtlichem oder unabsichtlichem) Nicht-
oder Mißverstehen des Sozialismus beruhen.
(Schluß des Art. VII. folgt.)

Eine Communisten-Farm.

Eine Geschichte des Communismus — natürlich eine quellen-
mäßige, von berufener Hand geschriebene — würde ein ver-
dienstliches Unternehmen sein. Nichts wäre geeigneter, die Völker
bei ihren zukünftigen communistischen Verfassungen vor Fehlern
zu bewahren, welche die Geschichte bereits verurtheilt hat, und
nichts lehrreicher als der Nachweis, wie edel und rein von jeher
das Leben der Urheber communistischer Einrichtungen und Lehren
gewesen ist, und wie sich stufenweis die letzteren vervollkommen
haben.

In den Vereinigten Staaten sind bekanntlich eine Menge
communistischer Ansiedlungen unternommen worden oder noch zu
finden. Schon die Indianer hatten, wie alle Jäger- und
Hirtenvölker, eine weitgehende Gemeinsamkeit des Lebens und
Eigentums, und die wilden Stämme unter ihnen haben sie noch
anzuweisen. Frühzeitig ließen sich Herrnhüter hier nieder,
deren Leben nicht viel weniger Jüge der gegenseitigen Verpflich-
tung kennt. Dann folgten die Rapp'schen Economisten, die
Owen'schen und Fourier'schen Communisten, welche alle in's
Privateigentum zurückgefallen sind, die Shaker, welche gar
keinen geschlechtlichen Umgang kennen, und die Perfectionisten,
welche die Ehe verwerfen, aber volle Freiheit der Liebe üben.
Diese und die Cabot'schen Marien, welche drei noch bestehende
Ansiedlungen haben, sehen die Gemeinsamkeit noch fort, aber
ohne an Anhängern zuzunehmen und durch ihr Beispiel zu
wirken. Man hört ihnen insgesammt nichts Schlimmes nachsagen.

Von diesen allen aber, obwohl wir genug über sie berichten
könnten, wollen wir diesmal nicht sprechen, sondern von einer
einzelnen Communisten-Farm in Texas, welche wir in den fünf-
ziger Jahren mehrmals besucht haben, und an welche sich viele
unserer romantischsten und interessantesten Erinnerungen knüpfen.
Es gab damals in Texas ein Häuflein Anhänger Weitling's
— und eine Zeit lang gehörten auch wir dazu, obwohl wir mit
seinen Anschauungen nicht ganz einverstanden waren. Es gab
auch ein Häuflein Marien da. Allein die Communisten-Farm,
von welcher wir erzählen wollen, war ein viel freierer Ver-
band.

Der Eigentümer und Gründer war Ottomar v. Behr,
ein Anhaltiner, der schon in Deutschland einen Kreis mehr oder
weniger bekannt gewordener Communisten um sich gesammelt
hatte und mit ihnen zusammen ein Rittergut bewirtschaftete.
Mit den Trümmern seines daselbst zerstückten Vermögens zog
er sich 1846 nach Westexas zurück und stiftete hier mit Gleich-
gesinnten in den romantischen Ufern des Guadalupe-Flusses,
200 Meilen von der Küste, in einem weiten Gebirgsthale, eine
communistische Farm. Es gab da nicht viel gemeinsames Eigen-
thum, gemeinsam war fast bloß die Arbeit, zu welcher sich jeder
Hausgenosse verstehen mußte, wenn er nicht verhungern wollte,
mit welcher es aber nicht allzustreng genommen wurde; und da
bei den sehr naturwüchsigen Verhältnissen das bare Einkommen
dürftig war, so brachte die bescheidene Kleidung (in ganz Texas
fast nur aus einem blauweißgestreiften Hemd und Weinleid von
Baumwolle, einem Strohhut und rohen Schuhen bestehend) und
das noch bescheidene Getränk der Genossenschaft wenig Opfer
mit sich. Da das Wasser dort zum gewöhnlichen Getränk seiner
Wärme wegen (wie unter 17 Grad Reaumur) nicht taugt, so be-
stand der Handtrank in guten Zeiten aus billigen französischen
Rothwein, in knappen aus Whisky (Maisbranntwein). Dabei
aber führten die Ansiedler ein geistig gehalt- und gemüthliches
Leben.

Behr war ein hochgebildeter Mensch von scharfer Urtheils-
kraft und viel Lebensweisheit, geistig durchaus frei und lebens-
würdig. Während unter den deutsch-terranischen Bauern die
Studirten und zahlreichen Adligen bald geringachtet und als
„Staatslumpen“ bezeichnet, bald gewohnheitsmäßig respektirt
wurden, genoss Behr unter den Bauern, wie unter den „Staats-
lumpen“ allgemeine Achtung und stiftete oft den Vermittler in
Parteiwist durch weisen Rath. Unter seinen Hausgenossen war
nur ein Bauer, aber abwechselnd viele Studirte und Adelige,
wehwegen nicht eben viel Arbeitskraft vorhanden war. Alle be-
handelten einander auf gleichem Fuße, bis auf Einen, der als
ein ursprünglicher livländischer Edelmann sich nicht freiwillig zur
Arbeit verstehen wollte und es sehr übel und Abscheu nahm,
als ihm nach lange genossener Gastfreundschaft zugemuthet wurde,
mit um seinen Unterhalt zu arbeiten. Einer war ein berg-
männisch Gebildeter (Brunkow aus Westphalen, später beim
Bergbau in Neu-Mexiko von Räubern ermordet), Einer ein
wissenschaftlicher Forstmann, Einer ein Jurist, Einer ein Haus-
lehrer, A. Siemering von Berlin, ein Schüler des großen

Erziehungsmeisters Diesterweg (jetzt Oberlehrer). Unter den
dann gesäeten Nachbarn gab es noch einen ehemaligen Universi-
tät's-Professor, einen gewissenen Märzminister, einen Kaufmann
und vier oder fünf Studirte. Wer in diese Gesellschaft kam,
fühlte sich sofort nicht nur zuhause durch die anspruchslose Gast-
freundschaft, sondern gefesselt durch die sprudelnde Fülle des
Geistes, die stets gehaltreichen Gespräche, die unversieglige
Heiterkeit und gute Laune einer prächtigen Gemeinde, wie man
sie in dieser abgelegenen Wildniß nimmermehr gesucht hätte,
und man erstaunte, wie diese an weit größere Bedürfnisse ge-
wöhnten Menschen hier bei genügsamer Lebensweise sich so
glücklich fühlen und äußern konnten. Freilich gab es da Frauen
von Bildung und Amuth, es fehlten nicht die heirathbaren
Töchter, auch nicht die Jakob, welche um sie dienen machten
Jahre lang. Es gab gute Bibliotheken, es gab guten Gesang
— wir haben selbst einem Männergesangsfeite beigewohnt, wel-
ches der Ansiedlung Ehre machte; es gab auch ein paar Pianos.
Aber die Hauptsache war doch, daß fast jeder der Ansiedler wie
Pittacus von sich sagen konnte: Ich trage alle meine Schätze bei
mir; daß jeder ein selbstdenkender, freigesinnter Mensch war, der
lieber in der Wildniß hart arbeiten und darben, als nach dem
Mißlingen der achtundvierziger Volksbewegung im alten Vater-
lande sich bücken wollte.

Auf der Communisten-Farm jedoch gipfelte dieser männliche
Geist, diese Lebensphilosophie, welche natürlich nach Diogenes
schmedte. Hier wurde gar oft die communistische Zukunftsver-
fassung der Welt durchgesprochen; hier wurden alle möglichen
philosophischen Streitfragen gründlich erledigt, und besonders die
Ursachen untersucht, welche zum Mißlingen aller bisherigen Re-
volutionen geführt hatten; und hier entstand dann auch der Ge-
danke, Texas und den ganzen Süden der Union von dem Joch
der Sklaverei zu befreien und als ersten Schritt hierzu eine
Antislaverei-Zeitung in San Antonio, der Handelshauptstadt
des Staates, zu gründen. Dieser Plan war durchaus nicht so
bodenlos, als er in Betracht der zunächst vorhandenen Mittel
erscheinen konnte.

Genau um dieselbe Zeit gelang der Plan, Kansas zu einem
Sklavereifreien Staate zu machen, und die nachweisbare Folge
davon war die Aufhebung der Sklaverei in der Union. Warum
hätte die Anwendung ganz derselben Mittel in Texas nicht die-
selbe Folge haben sollen? Vexieres Land war sogar für diesen
Besuch günstiger gestellt als jenes. Es gab hier schon eine anglo-
americanische Bevölkerung von Freisinnigen — dieselben alten
Ansiedler, welche Texas von Mexiko freigemacht hatten; es gab
sogar deren unter den Sklavenhaltern. Die Deutschen konnten
10,000 wohlbewaffnete, wohlberittene und gut geschulte Kämpfer
unter tüchtigen Offizieren in's Feld stellen; der Süden war ihnen
gedeckt durch das slavereifreindliche Mexiko, beide Flanken durch
die Natur — rechts das Meer, links 800 englische Meilen Wüste
und rauhes Gebirge; ihre Stellung war nahezu unangreifbar,
von vorn durch drei leicht zu vertheidigende Ströme hinter ein-
ander gedeckt. Sobald die Deutschen einig darüber waren, ihr Gebiet
zu einem Freistaate zu erklären, was Westexas aus einem armen
zu einem sehr wohlhabenden Lande machte, war ihnen
die Unterstützung der unter ihnen verstreuten Mexikaner und
Freisinnigen gewiß und mächtige Hilfe von den Abolitionisten
des Nordens in Aussicht. Sie brauchten nicht einmal angreif-
weise zu verfahren; da die Sklaven in Ostexas haufenweise
zu ihnen abgelaufen sein würden, mußte die Sklaverei vor
ihnen Schritt für Schritt zurückweichen — und vielleicht ohne
einen Bürgerkrieg, jedenfalls aber mit einem für die Freistaaten
viel geschwinde siegreichen, was der Kampf zu entscheiden. Die
Erfahrung hat während des nächsten Jahrzehents bewiesen,
wie entscheidend wichtig der Besitz von Texas für beide Par-
teien war.

Das Allerwichtigste bei diesem Unternehmen war die Ver-
einigung der Deutschen auf einen solchen Plan; aber es war
nicht unmöglich und mußte versucht werden mittels eines vor-
sichtig tastenden Weiterschreitens. Die Sache lobte nur zu sehr
der Nähe: welchen großartigen Einfluß auf die Unionspolitik
mußten die Deutschen und ihre Culturideen im Falle des Ge-
lingens bekommen! Und während im Falle des Mißlingens ihr
Schicksal kaum schlimmer ausfallen konnte, als dieses nachmals
eben durch ihre Vereitelung des Plans ausgefallen ist, galt es
mit einem lächerlich geringen Einsatz überraschend große Vor-
theile zu erringen. Aber obwohl sich alle anderen Berechnungen
der Urheber dieses Planes als richtig erwiesen, ward die auf die
Deutschen gebaute getäuscht — wohl nur in Folge des unerwar-
teten Todes Ottomar von Behr's.

Die ersten Schritte waren alle erfolgreich. Die San-An-
tonio-Zeitung wurde begründet und rasch verbreitet; sie gewöhnte
ihre Leser ganz allmählich an den Gedanken, wie viel besser die
schwere Pionier-Arbeit der Deutschen in diesem von ihnen ent-
wilderten, mit so grausamen Opfern cultivirten Lande belohnt
werden würde, gäbe es keine Sklaverei darin. Eine Abgeord-
netenversammlung von 54 Vertretern fast aller deutsch-terranischen
Ansiedlungen sprach sich für viele sozialdemokratische Reformen
und allmähliche friedliche Abschaffung der Sklaverei aus. Die in
alle englischen Zeitungen des Landes übergegangene Mittheilung
dieser Beschlüsse erregte dumpfe Bejournig bei den Sklavenhal-
tern, aber kein lautes Wort des Widerstandes, weil man die
Deutschen für einig hielt. Geheime Verbindungen mit den Ab-
olitionisten des Nordens waren angeknüpft, und Maßregeln der
Unterstützung von dort her wurden da beschlossen. Daß sogar
die Sklaven von dieser Bewegung Wind bekommen hatten, zeigte
sich darin, daß sie — auf die stille Hilfe der Deutschen bauend
— zahlreich nach Mexiko andriffen. Da fanden sich ein paar
Deutsche, welche in den englischen Zeitungen und in der Staats-
archivachung das Ob- immitt- verriethen, daß es auch unter den

Deutschen eine große Slaveriefreundliche Partei gäbe — und auf einmal bekam das Sklavenhalterthum Muth und Kühnheit.

Wir wollen kein hartes Urtheil über diesen Verrath vieler Deutschländer an ihrem Vaterlande und ihren Landsleuten aussprechen. Die Mehrheit derselben waren vor 1848 ausgewandert, also zu einer Zeit, da es unter der arbeitenden Klasse Deutschlands wenig politischen Verstand gab. Dazu kam, daß sie eine sehr entmuthigende Erfahrung gemacht hatten. Der Rainzger Adelsverein, unter dem Vorhitz des Herzogs von Nassau und (wie man glaubte) unter dem stillen Saug des Königs von Preußen, hatte diese deutsch-germanische Ansidelung im geheimen Einverständnis mit England gestiftet, um den voranschreitenden Anschluß der Republik Texas an die Vereinigten Staaten zu verhindern und dadurch der Ausbreitung der Slaverie nach Südwesten einen Damm zu setzen. Zu diesem Zwecke waren meistens ausgebildete Soldaten und Offiziere anberufen und alle Freiwilligen eingezerrt worden; auch hatte Lord Palmerston versprochen, vier Regimenter auf der nahen Insel Jamaica bereit zu halten, um die Deutschen nöthigenfalls zu unterstützen. Die Expedition war aber den unsfähigen Händen des Prinzen Solms-Braunsfels anvertraut worden, und die Amerikaner hätten sehr albern sein müssen, um aus dem streng kriegerischen Auftreten der Deutschen nicht sofort Verdacht zu schöpfen. Der ganze Slavenhaltende Süden war zu sehr daran betheilig, als daß er den Plan nicht zu durchschauen und zu kreuzen versucht hätte, und die Südliden strömten zu Jehntausenden nach Texas. Die Leiter des Unternehmens in Deutschland bekamen Angst, zumal Palmerston nunmehr seine Hand davon zurückzog, um nicht mit der Slaveriefreundlichen Unionsregierung einen Bruch herbeizuführen. Prinz Solms wurde abberufen, dieser Adelsverein, der den Ansiedlern große für sie verwahte Summen schuldete, machte Bankrott; die Ansiedler blieben ohne genügende Lebensmittel, um sich bis zur nächsten Ernte zu erhalten, und da über all den kriegerischen Uebungen wenig Feld bestellt worden war, kamen über 5000 der Ansiedler an Hunger und Hungerpest um, und ohne die Hilfe freundlicher Indianer, welche Lebensmittel unentgeltlich brachten, würden weitere Tausende zu Grunde gegangen sein.

Die nach solchen erschütternden Ereignissen Uebriggebliebenen sahen ihre Rettung in einem festen Anschluß an die Vereinigten Staaten und verdamnten alle Reste von Antislaverie-Gefinnung aus den innersten Winkeln ihrer Herzen; sie stimmten wenige Monate später fast mählich für diesen Anschluß und für die Verwandlung des Slavenfreien Texas in einen Slavenstaat, mit der Erlaubnis, aus dem einen vier Slavenstaaten zu bilden. Diesem gegebenen Worte antwortet zu werden, war ihnen zu bedenken, und daran und an der Kühnheit der Slavenhalter fand der neue Antislaverie-Plan Hindernisse.

Der Vortheil jedoch, der von dem letzteren zu erwarten war, leuchtete weithin ein, und wenn es eine Anzahl vollständiger, vertrauenswerther Agitatoren gegeben hätte, konnte der Plan immer noch gelingen, wurde also noch zwei Jahre länger und immer offener betrieben. Der Tod Behr's, welcher zur Ordnung seiner Familienangelegenheiten und um seine beiden Töchter in Deutschland sicherzustellen und erziehen zu lassen, eine rasche Reise dorthin gemacht hatte, aber auf dem Rückwege in New-Orleans dem gerade damals arg wüthenden Gelben Fieber zur Beute gefallen war, nahm der Bewegung ihren besten Vermittler, und die Niedertracht der Gebildeten unter den deutschen Gegnern, welche die Abolitionisten um jeden Preis zu beiseitigen suchten, schwächerte die Sinen von diesen ein, und lähmte, da einige Versuche offener Gewalt glücklich abgewehrt wurden, die Anderen durch Aushungerungsmaßregeln.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zwangscours in Deutschland. Man schreibt uns aus Breslau: „In Ihrem Artikel in Nr. 19: „Zwangscours in Deutschland“ erlaube ich mir folgende Berichtigung. Das silberne 5-Mark-Stück hat zwar nur 3/4, Mark Metallwerth, steht aber doch nicht unter Zwangscours, weil die Staatskassen verpflichtet sind, 5-Mark-Stücke gegen Kronen, die Grundlage unserer Goldwährung, anzunehmen. Alle Silber-, Nickel- und Kupfermünzen sind in Deutschland Scheidemünzen und deshalb unterwerthig ausgeprägt. Der Kupferpfennig hat vielleicht nur einen Metallwerth von 1/10 Pfennig. Es wird aber Niemand behaupten können, daß die Nickel- und Kupfermünzen unter Zwangscours stehen. Das kann man nur von solchen Papier- und Metallgeldern sagen, welche, obgleich ihr Rohstoff weniger

Auch ein Verrücker.

In Folge der staatsanwältlichen Zuschrift, welche wir in Nr. 10 des „Vorwärts“ veröffentlichten, unterließen wir es, eine ausführliche Fortsetzung der Darlegung der Viehischen Angelegenheit zu bringen, da dem Leser aus dem Vorangegangenen bereits zur Genüge Gelegenheit gegeben war, sich ein Urtheil über den Geisteszustand des angeblich Verrückten und über die Eigenthümlichkeit der Anschauungen der ärztlichen Experten zu bilden, welche diese in ihren Feststellungen leiteten. Eine Provocation eines gerichtlichen Verfahrens durch Mißachtung des staatsanwältlichen Winkes hätte weder dem Herrn Vieh noch uns nützen können, da die Sachlage bereits klar und über die Gerechtigkeit des Vorgehens gegen Vieh ein falsches Urtheil nicht mehr möglich war. — Wenn noch irgend ein Zweifel an der Geistesklarheit des Unglücklichen geblieben sein sollte, der lese den folgenden Brief, welchen derselbe jüngst, veranlaßt durch die Warnung des Leipziger Staatsanwalts, an uns gerichtet hat:

Braunschweig, den 22. Oktober 1876.

Geehrte Redaktion!

In der heutigen Nummer des „Vorwärts“ lese ich, daß Sie von der dortigen Staatsanwaltschaft eine Zuschrift bekommen haben, daß über meine Broschüre rechtskräftig die Unbrauchbarmachung ausgesprochen sei, und daß Sie infolge dessen glauben, die Fortsetzung von dem Heuilletonartikel „Auch ein Verrücker“ nicht bringen zu dürfen. Hiermit erlaube ich mir nun, Ihnen an die Abschriften der betreffenden Gerichtsakten zu behändigen, damit Sie einen klaren Einblick in die Sache bekommen und glaube ich, daß Sie durchaus kein Risiko laufen, wenn Sie die Fortsetzung bringen, denn Sie bringen ja keinen Wiederabdruck der die Beschlagnahme veranlassenden Stellen.

Dieses in Scene gesetzte gerichtliche Verfahren erweckt zum mindesten schwere Bedenken, und da, was mir begehrt ist, jedem Anderen ebenfalls passieren kann, so ist die Presse trotz Verfassung und Preßgesetz ohne Weiteres mundtot zu machen, und dürften diese gerichtlichen Entscheidungen von Interesse sein für die gesammte Presse, da es eine Lebensfrage für sie ist. In der Probenummer des „Vorwärts“ sagen Sie ja auch bereits bei Besprechung meiner Angelegenheit: was noch nicht ist, kann ja noch werden, denn wir haben es in den Reichstagsberichten

worth ist als ihr Nennwerth, den ihre Aufschrift angiebt, dennoch nicht von den Staatskassen gegen vollwerthige Währungsmünzen (bei uns Goldmünzen) umgetauscht werden. In dieser Verlegenheit befindet sich Deutschland vorläufig noch nicht.“

Unser Correspondent hat ganz recht; aber in diesem Sinn sprachen wir auch nicht von „Zwangscours“. Wir meinten, daß die Differenz zwischen dem wirklichen und dem nominellen Werthe der Silber-Guldenstücke so groß ist, daß ohne gesetzlichen Zwang der nominelle Werth nicht aufrecht erhalten werden kann. In England, wo sämtliche Silbermünzen Scheidemünzen sind, kommt deren wirklicher Werth dem nominellen sehr nah; auch in Frankreich und in Amerika ist die Differenz eine sehr geringe. Wird in Deutschland den 5-Markstücken nicht ein größerer Silberwerth verliehen, so werden dieselben unzweifelhaft entwerthet werden. Sobald die Ansiedler den wahren Sachverhalt erfahren, werden sie diese Geldstücke zurückweisen, was, namentlich bei dem Grenzverkehr, mit sehr großen Ungutzuglichkeiten verbunden sein wird.

— Briefstüberei. Der fasssam bekannte, die Wege seines Vorgängers Held wandelnde Herr Franz Mehring schreibt in seiner (von ihm selbst einst als Vertreterin absoluter Gefinnungslosigkeit richtig charakterisirten) „Staatsbürgerzeitung“ anlässlich der letzten Stephanedebatte im Reichstag:

„Auch die Frage des Briefgeheimnisses kam nicht prinzipiell zur Sprache. Die feierlichen Ankündigungen der communisistischen Blätter, daß die parlamentarischen Vertreter ihrer Partei den Generalpostmeister mit urkundlichen Beweisen „erschmettern“ (wo wurde dieser Ausdruck gebraucht, Herr Mehring?) würden, erwiesen sich als das, als was wir sie schon vor Wochen charakterisirten, als Hallucinationen. Herr Liebknecht und Genossen wohnten der Debatte gar nicht bei! Nur das Ledochowski'sche Facsimile — auch dies Verdienst erwarben sich die Ultramontanen; eine freibeitliche Opposition scheint es im Reichstage nicht mehr zu geben — wurde zur Sprache gebracht.“

Zunächst sei bemerkt, daß das Ledochowski-Circular vom „Vorwärts“, dem sozialdemokratischen Centralorgan, zuerst veröffentlicht worden ist. Die Hoffnung des Herrn Mehring, seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten werde kein die Briefstüberei betreffendes Material vorgebracht werden, dürfte sich nicht erfüllen. Liebknecht, der wegen Erkrankung eines Kindes der zweiten Lesung des Etats nicht beiwohnen konnte, hat für den Fall, daß er, wie in der vorigen Session, bei der dritten Verlesung des Etats nicht zum Wort zugelassen werden sollte, folgenden Antrag formulirt, für den unsere Abgeordneten die nöthigen Unterschriften suchten:

„Der Reichstag wolle beschließen, eine Commission niederzusetzen, welche die immer mehr sich häufenden Beschwerden über Verletzung des Briefgeheimnisses zu untersuchen, und, falls sich dieselben als begründet erweisen sollten, Maßregeln zur Abhilfe vorzuschlagen hat.“

Wenn dieser Antrag nicht zur Debatte kommt, dann liegt die Schuld nicht an den sozialdemokratischen Abgeordneten; kommt er zur Debatte, so wird Herr Franz Mehring die Entbedung machen, daß nicht wir es sind, die an „Hallucinationen“ leiden.

— Auf Anordnung des preussischen Handelsministers Dr. Achenbach sind bei den schlesischen Staatsbahnen die Löhne der Arbeiter um ein volles Drittel herabgesetzt worden. Die Arbeiter, welche diese empfindliche Schädigung ihrer Interessen nicht ruhig hinnehmen konnten, verlangten durch eine Deputation, die sie direkt an den Handelsminister sandten, Zurücknahme der Lohnreduktion — natürlich vergebens. Die Arbeiter, also lesen wir in den Zeitungen, haben nun zunächst eine Organisation ins Leben gerufen, um auf Grund ihrer Mindereinnahmen Herabsetzung resp. Aufhebung der von ihnen bisher gezahlten Steuern zu verlangen. Ihnen schließen sich die Fabrikarbeiter an, und so stehen dem Breslauer Magistrat 15,000 Steuerreklamationen in Aussicht, die, wie wir gleich hinzufügen wollen, selbstverständlich in den Papierkorb wandern werden. Hoffentlich werden sich die schlesischen Staatsbahnarbeiter, da sie bei der herrschenden Arbeitslosigkeit an eine ArbeitsEinstellung nicht denken können, dadurch rewanchiren, daß sie dem Lohnreduktionsfüchtigen Dr. Achenbach im nächsten Jahre eine Anzahl sozialistischer Reichstagsabgeordneter auf den Hals schicken. Eine Liebe ist der andere werth.

— Die Corruption der heutigen Gesellschaft macht sich auf dem Gebiete der Kunst in widerlichster Weise bemerkbar. Ein Heuilleton der „Rheinisch Westphälischen Post“, betitelt „Die Berliner Theater-Verzumpfung“ charakterisirt das jetzige

Ich bin in Braunschweig wohnhaft und habe die Broschüre in Braunschweig verfaßt, dieselbe ist in Zürich im Druck und Verlag erschienen, und man sollte glauben, daß nicht noch ein altes Preßgesetz von anno 1851 hergeholt werden könnte, sondern daß nach dem klaren Wortlaut der Gesetze lediglich und allein die Herzoglich Braunschweigischen Gerichte competent wären, die definitive Beschlagnahme auszusprechen zu können. Die Gerichte in Lüneburg und Celle hätten sich in diesem Falle gar nicht mit der Sache befassen dürfen (die Berufungskammer in Lüneburg hat ihre Mitwirkung abgelehnt, weil sie sich nicht für unparteiisch hielt, und ist daher die Sache nach Celle gegangen), denn andernfalls hat jedes Gericht in irgend einem Winkel Deutschlands das Recht, über ein in einem anderen Orte erschienenen Preßzeugniß die definitive Beschlagnahme auszusprechen zu dürfen für das ganze deutsche Reich, weil dasselbe eine Beleidigung irgend einer obskuren Person enthalten „soll“, obgleich ein Strafantrag von derselben gar nicht vorliegt und der Verfasser u. s. w. auch gar nicht im Bezirk dieses Gerichts wohnhaft ist. Die Gerichte haben alsdann das Recht, nebenbei noch ohne Weiteres und ohne den Verfasser persönlich zu kennen, im Urtheil anzusprechen zu können: der Verfasser sei zweifels- ohne geisteskrank, wodurch derselbe die Facultas standi in judicio in allen seinen sonstigen Verhältnissen verliert, wie dies bei mir jetzt der Fall ist, worüber ich Herrn Liebknecht unterm 13. d. M. berichtet habe. Ich bestreite, daß meine Broschüre Beleidigungen der betreffenden Persönlichkeiten enthält, denn sie enthält Anschuldigungen betreffs ungesetzlicher Handlungen derselben, die vollständig auf Wahrheit beruhen und von den Betroffenen bis jetzt auch noch gar nicht geleugnet sind. Ueberdies sind die Beleidigungen gar nicht namhaft gemacht, weder in der Anklage noch im Urtheil; kann es doch unmöglich genügen, daß nur die Seitenzahl angegeben ist, wo sich in der Broschüre die Beleidigungen befinden sollen. Die Kronanwaltschaft hat gar kein Recht, aus eigener Initiative sich als Anwalt für die beleidigt sein sollenden Persönlichkeiten aufzuwerfen, wie bei Majestätsbeleidigungen, denn § 61 des St.-G.-B. besagt ausdrücklich: „Eine Handlung, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist nicht zu verfolgen, wenn der zum Antrag Berechtigte es unterläßt, den Antrag binnen 3 Monaten zu stellen.“ Es heißt nicht: Der Thäter ist nicht zu verfolgen u. s. w. Ich bin

Theaterwesen als eine gemeine Theater-Industrie, als eine ruchlose gewerbliche Gründung.

„Auch die Geseßgebung — heißt es dort — leistete durch zwei große Beiträge dieser Gründung gleichsam wie auf Bestellung Vorarbeit: durch die Theaterfreiheit und durch das Lantimien spendende Autorenrecht. Es fehlte da nichts mehr als der schmachtende Kader für Heranlodung des großen Publikums. Und dieser Kader ist das Standal-Drama, die Gebruchs-Comödie. Das zu erkennen war u. A. auch Lindau „geistreich“ genug. Die Industrie blüht also. Die wohlwollenden Illusionäre, welche uns mit der Theaterfreiheit und dem neuen Autorenrecht beschenken, haben vorläufig nur das Unkraut befördert und die abschüssige Bahn eröffnet, worauf die Kunst aus ihrer alten Höhe herabstürzt in die — Straßengassen einer gemeinen Industrie.“

„Der heute noch Rezent ist, träumt davon, morgen Theaterdichter mit fürstlichen Lantimien zu sein. Zu diesen Lantimien gehören aber volle Häuser und zu vollen Häusern saftige Stoffe. Die Lösung heißt: Nieder mit dem Feigenblatt! Selbst talent- und gehaltvolle Theaterdichter widerstehen dieser Industrie nicht: Willbrandt gab seiner Arria die Messalina mit auf den Weg. Die Letztere liefert das Massenpublikum, die Erstere befriedigt das gewählte kleine Publikum.“

„Wie eine saule Gründung nur durch die Reklame der Zeitungen an die Börse gebracht werden konnte, so diese faulen dramatischen Gründungen nur durch eine gewonnene Kritik. Daß Lindau „Industrie“ treibt und seine literarische Veräththeit das Ergebnis eines amerikanischen „Kinges“ ist, darf das Publikum nicht erlahnen: er und sein Genre müssen einen literarischen Nimbus bekommen, vor dem das Publikum Respekt haben und sich einreden kann, diese unsonderen Dinge gehörten zur „Kunst“, ja seien das Eigentliche und Exquisite derselben, was ein Vaie und Spießbürger mit altfränkischer Moral und aus der Mode gekommenen Schiller'schen Kunst-Idealen bloß nicht begreife. Deshalb sieht man „des Nihmes grüne Kränze auf der gemeinen Stirn entweicht!“ Aus dem Dienst der Muse ist ein Stück Wählendamm und Königsmauer geworden, und aus der Kunstkritik eine Art Louisd'or!“

Die Schilderung ist richtig; der Verfasser irrt bloß in Betreff der Ursachen. Dieselben liegen in den heutigen Gesellschaftsverhältnissen. Erst wenn das Theater aufhört, Privat speculation zu sein, wenn es Staatsanstalt, Bildungsanstalt im höchsten Sinne des Wortes wird, erst dann wird das Theater aufhören, eine Quelle der ekelhaftesten Corruption zu sein.

— Die „Neue Welt“. Unser illustriertes Unterhaltungsblatt macht den Gegnern arge Kopfschmerzen. So schimpft und lamentirt die reaktionär-pietistische „Arbeitszeitung“ in folgender bezeichnender Weise gegen dasselbe los: „Dieses Blatt ist ein höchst bedenkliches Zeichen der Zeit. Es ist eine Kost für die arbeitende Klasse, welche nicht nur die Männer genießen sollen, sondern auch die Frauen. Was hier geschrieben steht, das wirkt nicht bloß hinter dem Viertisch, in der Werkstätte während der Frühstückspause, sondern in der Familie des Arbeiters, es ist Gift, welches ihm die Stunden der Erholung verdirbt. Wenn die Lehren des Blattes in unsern Arbeiterkreisen, bei Männern und Frauen, den letzten Schimmer von Religion werden verdrängt und sich selbst an deren Stelle gesetzt haben, dann wird es an der Zeit sein, sich auf Ereignisse wie die Pariser Commune zu rüsten. Schon zählt das Blatt über 17,000 Abonnenten, deren Zahl sich bald verdoppeln dürfte. Die Redaktion hofft, daß es bald in allen Arbeiterkreisen verbreitet sein werde. Gott bewahre uns davor, daß es je so weit bei uns komme! Mögen aber alle diejenigen, welche auf Heilmittel gegen diese Krankheit der Sozialdemokratie sinnen, nicht vergessen, daß die Lehren derselben beides sind, Politik und Religion, und daß daher das Heilmittel nichts weiter sein kann als eine religiöse Erneuerung der arbeitenden Klassen. Man härte die Kirche, lasse sie nicht bloß predigen, sondern gebe ihr auch Zuchtmittel in die Hand.“

Wir haben zu diesem offenbaren Lob, welches der „Neuen Welt“ gezollt wird, nichts hinzuzufügen.

— Zur Kinderausbeutung wird dem „Dresdener Volksboten“ von einem „Bürger“ aus Dresden geschrieben: „So Mancher hat schon die kleinen schwarzen Schornsteinfeger gesehen, wohl auch über die kleinen ruhigen Gestalten gelacht, ohne zu bedenken, welches Elend sich wohl unter dieser schwarzen Hülle birgt. Die meisten dieser Kinder, oder wohl alle, sind Kinder armer Leute, oft auch Waisenkinder. Ein solcher kleiner sogenannter Feuerhügel kam neulich in meine Wohnung, um anzu-

in diesem Falle der Thäter und meine Broschüre ist die Handlung, und da das Gericht auf Unbrauchbarmachung meiner Handlung erkannt hat, so verfolgt es aber keine Handlung und nur mich als Thäter nicht. Ueberdies kann doch nicht zwischen Thäter und That eine Scheidung wie die von Tisch und Bett ausgesprochen werden. Von der ganzen gerichtlichen Verhandlung ist mir offiziell gar keine Anzeige gemacht, ich erfuhr davon erst durch die Zeitungen und habe damals sofort die Berufung dagegen eingelegt, daß man mich ohne Weiteres für geisteskrank erkläre und die Competenz Preussischer Gerichte bestreite. Die Strafkammer in Lüneburg erkannte darauf, daß meine Eingabe einfach zu den Akten zu legen sei, denn es wäre ja festgestellt, daß ich geisteskrank sei und könne ich daher keine selbstständigen Anträge stellen!

Hochachtung

Conrad Vieh.“

Wer so logisch schließt, so maßvoll schreibt, der ist im Vollbesitze seines Verstandes — trotz ärztlicher Gutachten und richterlicher Urtheile —. Wir enthalten uns, unsere Meinung über den Ursprung der Vieh'schen „Verrücktheit“ auszusprechen, — und geben den Bertheidigern der „Beamtenepre“ nur zu bedenken, daß Verhüllung von Willkürs-Vergehen durch Beamte begangen dem gesammten Beamtenstand und der Achtung, die man für ihn in Anspruch nimmt, mehr schadet, als die gerechte Bestrafung einzelner schuldiger Individuen in demselben.

Vieh hat vollkommen Recht, wenn er hervorhebt, daß dasselbe Verfahren, durch welches man ihn mundtot gemacht hat, gegen Jeden angewandt werden kann, der in irgend einer Weise sich unbequem erweist, daß die Deduktionen, durch welche man seine Verrücktheit nachweisen wollte, sich für die Geistesstumpfheit jedes sich seines Rechtes bewußten Mannes anwenden lassen.

Nach dem Vorgange der Behandlung des Vieh ist kein Deutscher mehr sicher, daß man sich seiner nicht passenden Falls durch Einsperrung in ein Irrenhaus entledige.

Wir brauchen dann keine Richter mehr — einige Doctores medicinae würden genügen — das heilige deutsche Reich und seine höchsten, hohen und niederen Beamten zu schützen.

melden, daß der Schornstein gereinigt werden solle. Da der Junge vor Frost am ganzen Körper zitterte, nahm ich denselben mit in mein Zimmer, damit er sich auswärmen konnte. Der Knabe war noch sehr jugendlich, und deshalb frug ich denselben nach dem Alter. Nun erzählte mir der Knabe, daß er am 17. März d. J. 10 Jahre gewesen sei, und daß er bereits seit Juli d. J. in der Lehre bei dem Schornsteinfegermeister Göhring, Fischergasse 1, stehe. Die Mutter des Knaben ist seit 1874 tot, und der Knabe war bis zu seinem Eintritt in die Lehre in der Pflegeanstalt auf der Louisestraße untergebracht. Der Vater ist dem Knaben nicht bekannt. Die Arbeitszeit ist von früh halb 5 Uhr bis Abends 7 Uhr. Ich habe hier zu bemerken, daß mir der Knabe versicherte, daß die Arbeit höchstens bis 7 Uhr dauert. Ueberhaupt schien mir der Knabe zufrieden mit seinem Loos zu sein, da der Meister gut und der Geselle sehr „gemüthlich“ sei. Der Knabe hat 6 Jahre zu lernen und erhält während dieser Zeit Kost, Wohnung und Kleidung. Wie die letztere beschaffen ist, kann man jeden Tag gewahren, wenn man diese Knaben, die nackten Füße mit ein Paar Lederpantoffeln bekleidet, durch die Straßen ziehen sieht. Auf meine Frage, ob er auch die Schule besuche, erhielt ich die Antwort, daß er wohl in die Schule gehe. Die Zeit ist Montag 6—8 Uhr Abends, Dienstag 5—7 Uhr, Mittwoch 5—8 Uhr und Sonntag von 9 bis 11 Uhr Vormittags.

Wenn man die hier angeführten Daten zusammenhält, hat man ein Bild der schmachlichsten Kinderausbeutung. Früh halb 5 Uhr bis Abends an der Arbeit, dann noch 2 Stunden Schule? „Schule?“ Jedenfalls ein Hohn auf dieses Wort, denn, wo hat ein Kind von 10 Jahren die Kraft, nach so angestrengter Arbeit etwas zu lernen? Daß die Arbeit anstrengend und höchst gesundheitschädlich sein muß, hörte man an der Stimme, denn der Klang derselben war, trotz der Lebhaftigkeit des Knaben, wie bei einem Greis von 60—70 Jahren. Werden diese Kinder etwa nicht geophert im Interesse des Einzelnen? Wer hat den Gewinn, als der betreffende Schornsteinfegermeister? Das ist das Risiko der Arbeit. Noch schmachlicher ist dies Alles, wenn man bedenkt, daß dieses sich vollzieht unter den Augen und mit Zustimmung der städtischen Behörden. Die Pflegeanstalt, in welcher sich der Knabe befand, ist meines Wissens in der Verwaltung des Stadtraths. Der Knabe kann nur mit Einwilligung der Armenverwaltungsbehörde in die Lehre gegeben werden sein. Zudem verstößt die Benutzung des Knaben gegen das Gewerbegesetz. Die Armenverwaltungsbehörde hat sich also schuldig gemacht, als sie den 10jährigen Knaben dem Schornsteinfegermeister Göhring in die Lehre gab, die Interessen ihres Pflegebefohlenen nicht gewahrt zu haben, denn sie hätte erst unteruchen sollen, ob auch die Bestimmungen des Gewerbegesetzes damit vereinbar sind. Zu was haben wir überhaupt ein Gewerbegesetz, wenn selbst die Behörden nicht auf Erfüllung desselben achten?

Zu was wir gewisse humane Bestimmungen im Gewerbegesetz haben? Damit man wenigstens sieht, daß wir die Humanität lieben — wenn auch nur platonisch. Speziell die Bestimmungen zum Schutz der Kinder gegen allzufrühe und allzuunverschämte Ausbeutung scheinen, wenn wir die an vielen Orten geübte Praxis betrachten, bloß dazu gemacht zu sein, um nicht gehalten zu werden.

Aus Wafschleben in Thüringen wird mitgeteilt, daß mit dem 1. Oktober d. J. der dortige 74jährige Lehrer Risch in den Ruhestand getreten ist. Nach 58jährigem Dienste bezieht er eine Pension von 140 Thalern, welche der Nachfolger abzugeben hat. Wenn auch Gemeinde und Regierung einen Zuschuß gewähren, so ist doch das immer nur als ein Almosen zu betrachten. — Und da schimpft die heutige Gesellschaft immer über die Arbeiter, daß ihnen die Bildung mangle! Mit Hohn muß man diesen Leuten begegnen, die derlei Geschrei erheben und keinerlei Schritte thun, den Schullehrern das Hungertuch zu entreißen.

Nach den neuesten Telegrammen wird ein Theil der russischen Armee mobilisiert. Das heißt, die russische Regierung gesteht jetzt ein, was längst vollzogen ist. Ob es sich auch diesmal nur um einen Theaterdonner (als Begleitung der kriegerischen Rede des friedliebenden Czaren) handelt, oder ob wirklich der Krieg im russischen Rathe beschlossen ist, das vermögen wir nicht zu entscheiden; fest steht aber das Eine — sei die gemeldete Mobilisierung nun schändes Spiel oder blutiger Ernst — Rußland könnte die Rolle des europäischen Louis nicht spielen, wenn es sich nicht durch das preussisch-deutsche Reich den Rücken gedeckt wüßte. Hätte das Bismarck'sche Deutschland eine selbstständige Politik, wäre es nicht durch die 1866er und 1870er „Erfolge“ an einer Allianz mit Frankreich und Oesterreich gehindert und zur russischen Vasallenschaft verurtheilt, so wäre der Weltfriede keinen Augenblick durch Rußland bedroht worden.

Wie die Presstafel der Liberalen die Sozialdemokraten zu schildern vermögen, zeigen folgende herrlichen Verse, mit denen ein Reporter der „Dresdener Nachrichten“ seinen durch und durch verlogenen Bericht über eine gutverlaufene sozialistische Versammlung in Cotta bei Dresden schließt:

Die Marcelline brüllend —, von Schnaps die Stimme heiser,
Und ihren Dufst noch füllend mit wildem Rauschreiz;
Belahet jede Talsche, die noch nicht ganz entwei,
Mit einer vollen Flasche, so ziehen sie vorbei.
Ja, schöne Kunden sind es, die Herren Sozialisten,
Die Einfalt eines Kindes ist kaum zu überlisten.
Trotz ihren schönen Worten, schmachtst wie Honigseim,
Ist Niemand roth geworden, trotz Niemand auf den Leim!
Zu dem Conterfei hat der Mann offenbar selbst vor seinem Spiegel
Modell gefunden.

Ein Ableger der „Volkszeitung“, das „Kensstädter Tageblatt“, schreibt, daß die Zahl der „arbeitslosen Herumtreiber“ sehr groß und in Hinblick auf den Winter besorgniserregend sei. — Wir fragen den Scheerendebatteur jenes Blättchens einmal, was er machen würde, wenn ihn sein Brodherd plötzlich vor die Thür setze? Er würde dann auch zu den „arbeitslosen Herumtreibern“ gehören.

Herr von Lessendorff. Wie uns Parteigenosse D. Kapell mittheilt, trägt eine Anzeige, die derselbe als Redakteur des früher in Berlin erschienenen „Pionier“ erhalten hat, die Unterschrift: von Lessendorff. Sollte der strebsame Staatsanwalt wirklich in den Verstand erhoben sein? Es wäre uns lieb, wenn der hochgeehrte Herr und darüber selbst Aufklärung schaffe, damit wir niemals die demselben schuldige Ehrfurcht verlegen und den gewöhnlichen bürgerlichen Namen Lessendorff noch weiter gebrauchen. Im Uebrigen müssen wir gestehen, daß es äußerst schön klingt, das: Herr von Lessendorff — und unserer herzlichsten Gratulation könnte unser Liebling, im Falle ihm der wirkliche Adel verliehen, sich versichert halten.

Niesige Produktion. Die Baumwollspinnerei in England wird durch nicht weniger als 39 Millionen Spindeln betrieben, eine Zahl, welche das ganze übrige Europa noch lange nicht erreicht, da es nur 19,600,000 Spindeln aufzuweisen hat. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind 9,600,000 Spindeln im Gange. England allein ist im Stande, die ganze Welt mit Baumwollwaaren zu versorgen.

Freilich, diesen „Erfolgen“ verdankt das preussisch-deutsche Reich ja seine Existenz! Sollte Rußland den Krieg an die Türkei erklären, so würde voraussichtlich England sofort, oder doch sehr bald, der Türkei bewaffnete Hilfe leisten. Wie lange es dann dem Bismarck'schen Deutschland gelingen würde, Oesterreich, Frankreich und Polen im Schach zu halten, bliebe abzuwarten. — Die armen Serben, die sich auf Jahrzehnte für Rußland zu Grunde gerichtet haben, sind zum Dank dafür von dem menschenfreundlichen „Väterchen“ mit einem — kaiserlichen Fußtritt bedacht worden. „Die Montenegriner“, jagte „Väterchen“ in seiner Moskauer Brandrede, „die Montenegriner zeigten sich in diesem ungleichen Kampfe wie immer als wahre Helden. Von den Serben kann man leider nicht dasselbe sagen, trotz der Anwesenheit unserer Freiwilligen in den serbischen Reihen, von welchen viele für die slavische Sache ihr Blut vergossen haben.“ Das ist wirklich stark, aber nicht überraschend. Auf die unglücklichen, von den Russen so schändlich mißbrauchten und betrogenen Serben wird die Schuld für die russischen Niederlagen gewälzt. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Daß aber den Serben, dem kräftigsten slavischen Volksstamm, dem einzigen, der ein stark ausgebildetes Unabhängigkeitsgefühl hat, ein so gründlicher Aberlaß zu Theil geworden ist, paßt ganz in den Plan der russischen Diplomatie.

Unsere serbischen Parteigenossen, die uns verargen, daß wir in den letzten Monaten nicht für die Serben Partei ergriffen werden, so weit sie nicht selbst Schlachtopfer der russischen Politik geworden sind, jetzt wohl unbefangener urtheilen.

Zur Frage der Tellerfassungen in Preußen. Das Frankfurter Rügegericht hat dieser Tage ein sehr wichtiges Urtheil gefällt. Sozialdemokraten waren nämlich wegen „unerlaubten“ Kollektirens denunziert worden. Die Gerichte aller Instanzen sprachen jedoch die Angeklagten frei, da es nicht verboten sei, in geschlossenen Räumen Kollektien vorzunehmen. Die Regierung zu Wiesbaden erließ darauf eine Verordnung, nach welcher ohne Genehmigung der Staatsbehörden das Einsammeln von Beiträgen zu Vereinszwecken nur dann statthaft sein soll, wenn solches auf die Vereinsmitglieder, sowie auf Beiträge, welche in den Vereinsstatuten nach Ziel und Höhe bestimmt seien, sich beschränke. Das Rügegericht erkannte jedoch die Rechtsverbindlichkeit dieser Verordnung nicht an und sprach die wegen unerlaubten Kollektirens Angeklagten frei.

Gegen Milke ist bekanntlich wegen eines in (Nr. 215) der „Berliner freien Presse“ erschienenen Artikels („Der moderne Staat und seine Diener“) Anklage auf Beleidigung der Polizei erhoben worden. Im Untersuchungsstermin kündigte Milke an, „er werde für die ausgesprochene Ansicht, daß es Polizeibeamte gebe, welche brutal und denunziationslüchtig sind und an Bildung zu wünschen übrig lassen, den Beweis der Wahrheit erbringen“. Es wäre gut, wenn alle im Besitz von einschlägigem Material befindlichen Parteigenossen dasselbe der Redaktion der „Berliner freien Presse“ für die auf den 7. Dezember anberaumte Verhandlung zur Verfügung stellen wollten.

In Augsburg sind in der Genossenschaftsbuchdruckerei unserer Partei die Geschäftsbücher mit Beschlagnahme belegt worden. Gründe wurden nicht angegeben. Wahrscheinlich wird die Druckerei als Fortsetzung eines geschlossenen Vereins angesehen.

Der frühere Vorsitzende des Strikcomités der Bergleute von „Borussia“ bei Marten, Ahn, der seit mehreren Monaten wegen angeblicher Verbreitung von Drohbriefen in Untersuchungshaft gehalten worden, ist den 9. November entlassen worden, da seine Unschuld erwiesen wurde. Wer wird ihn entschädigen?

Der „Frankfurter Volksfreund“ und „Die Wacht“ in Hanau — beides Parteiblätter — werden sich zum 1. Januar 1877 verschmelzen und von da ab den Titel: „Volksfreund, Organ für die Interessen des Volkes in Maingau“ führen.

Correspondenzen.

Zürich. Der „Tagwacht“ entnehmen wir: Dienstag den 31. Oktober hielt der Reichstagsabgeordnete Bahleisch, vom Berner Congress zurückkehrend, auf Einladung des deutschen Arbeitervereins im alten Schützenhaus einen Vortrag über die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Der Saal war, trotz nur einmaliger Bekanntmachung, vollständig gefüllt. Bahleisch gab in 1 1/2stündiger Rede ein übersichtliches Bild vom Entstehen und Ausbilden der deutschen Sozialdemokratie, wobei verschiedene „praktische Emanzipationswinke“ auch für uns in der Schweiz abfielen. Er zeigte, wie die Partei in Deutschland jeden Finger breit Freiheit und Recht benützte, um ihre Anschauungen und Interessen zur Geltung zu bringen. Man hat in verschiedenen Orten, wo die Partei auch unter den Kleinbürgern Einfluß erlangte, sogar von dem sehr beschränkten Wahlrecht für Gemeindevertretungen Gebrauch gemacht und es ist dadurch allerdings bei großer Anstrengung gelungen, verschiedene Gemeindevertretungen in ihrer Mehrzahl aus Sozialdemokraten zu bestellen. Dadurch konnte auf dem Boden der Gemeinde Manches gethan werden zur Entlastung der arbeitenden Klasse. Zugleich aber wird auch dadurch der erzieherische Charakter der Arbeiterbewegung bekräftigt.

Um so mehr, sagt Bahleisch am Schluß, ist es die Aufgabe der schweizerischen Sozialdemokratie, der die schönsten Volksrechte zu Gebote stehen, dadurch sich Geltung zu verschaffen, daß sie diese Volksrechte benützt und ihren Einfluß auf die sozialistische Entwicklung des Gemeinwesens richtet. Sie hat die Aufgabe, vor aller Welt zu zeigen, daß der Sozialismus in der politischen Freiheit die Macht hat, etwas Gutes für das Volk zu schaffen. Und dieses Beispiel wird für die Ausbreitung des Sozialismus mehr wirken, als alle Reden. Rauschender Beifall zeigte dem Redner, daß die Versammlung seinen Ausführungen beistimmte.

Aus der weiteren Diskussion ist noch hervorzuheben, daß Grenzlich die Erörterungen Bahleisch's noch weiter in Beziehung auf die schweizerischen Verhältnisse ausführte; namentlich betonte er, daß — da uns zu unserer Emanzipationsarbeit ja weiter nichts fehlt, als Licht in die Köpfe der Volksmasse — es dringend nötig sei, mehr als bisher sowohl in den Sektionen, als auch in allgemeinen Versammlungen zu agitieren. Auch das wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt.

De Paeppe von Drüssel gab zuerst in deutscher, dann in französischer Sprache ein Bild der Bestrebungen der belgischen Sozialisten, die unter sehr schwierigen Verhältnissen nach dem allgemeinen Stimmrecht und einem Fabrikgesetz ringen. Er macht im Ferneren die Mittheilung, daß laut Beschluß des Berner Congresses im nächsten Jahre in Belgien ein allgemeiner Sozialisten-Congress stattfinden, der hoffentlich eine neue

Verbrüderung des Proletariats aller Länder zur Folge haben werde.

Franz, der die Ansprache De Paeppe's überseht, schließt sich diesen Ausführungen an, ebenso betont Kachelhofer die Einigung unter den streitigen Fraktionen der Arbeiterpartei. Mit einem Gruß an die deutschen und belgischen Sozialisten wird die Versammlung geschlossen.

Altona, 12. November. In meiner vorigen Correspondenz berichtete ich, daß man den bekannten Eugen Richter im 8. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis als Candidaten für den Reichstag Seitens der Fortschrittler aufstellen wolle, und ich sprach zugleich die Freude darüber aus, weil dann der Wahlkampf interessanter werden würde. Nun ist diese Freude zu Wasser geworden, da Herr Richter dankend abgelehnt hat, weil er jedenfalls nicht als Durchfalls-Candidat dienen mag. Der Abg. Lafer hat früher gleichfalls abgelehnt und nun wendet man sich an den Abg. Hänel; ob dieser so begierig auf einen eklantanten Durchfall ist, kann ich nicht sagen, doch steht es vorläufig fest, daß derselbe jetzt noch alle seine Hoffnungen auf den 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Kiel-Neumünster) setzt, welchen er gegenwärtig vertritt. — Der Landtagsabgeordnete für den Kreis Stormann, Dr. Luteroth, war bis jetzt als der alleinige Reichstagscandidat für Altona-Stormann gegen den Sozialdemokraten begehrt, doch scheint man von demselben Abstand deshalb genommen zu haben, weil seine unbekanntere Persönlichkeit gegen den bekannten Candidaten der Sozialdemokraten, Holtenlever allzuleicht ins Gewicht fallen würde. Luteroth selbst hat erklärt, daß sein Arzt ihm verboten habe, neben dem Mandat als Landtagsabgeordneter auch noch ein Mandat zum Reichstage anzunehmen. Wenn dies wahr ist, so hätte Luteroth erst recht für Altona-Stormann candidiren können, da er doch gewiß selbst weiß, daß ihm dort kein Reichstagsmandat blüht. Also jener Grund ist nicht der wahre — man sucht eben bekanntere Persönlichkeiten, und Luteroth läßt ein ärztliches Gutachten abgeben, damit er eine ehrenvolle Rückzugslinie hat. Doch uns kann dies gleich sein. Das Eine aber steht fest, daß die braven liberalen Altonaer bei der Wahl zum Reichstagscandidaten seit 3 Jahren keinen Schritt vorwärts gekommen sind; damals gab man sich alle Mühe, ein braves Menschenkind zu finden, welches im Interesse der liberalen Partei sich ergeben in den unvermeidlichen Durchfall schiden wolle. Man fand Luteroth, dem man mit dem Landtagsmandat Honig um den Mund schmerte. Jetzt hat derselbe den Honig gegessen, er hat sein Landtagsmandat und empfand nun plötzlich großen Gel vor dem Durchfall. Lafer, Richter, Hänel haben auch keinen Geschmak daran und so stehen die Vermissten wieder candidatenlos da. Wie oft sie während der Zeit behufs Nominirung eines Candidaten „zusammengewest“ sind, läßt sich nicht genau sagen — man munkelt davon, daß das Comité im Laufe der nächsten Woche seine 101. Sitzung halte — und noch immer kein Candidat!

Glückstadt, 5. November. Am 31. Oktober wurde hier eine Volksoberversammlung abgehalten, in der Herr Max Stöhr einen Vortrag über die verschiedenen Parteien und den Deutschen Reichstag hielt, welcher von der gutbesuchten Versammlung mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Eine Resolution wurde von Herrn Dantine verlesen, die folgendermaßen lautete:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Candidatur des Herrn Max Stöhr einzutreten.“

Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. — Die Parteifreunde werden noch darauf aufmerksam gemacht, daß sich hierorts ein Wahlcomité gebildet hat; Herr Dantine wurde als Vorsitzender, F. Büding als Kassirer und Unterzeichner als Schriftführer gewählt. Es erucht der genannte Vorstand alle Briefe in Wahlangelegenheiten an Herrn Alois Dantine, Dannelstraße, zu senden.

C. Böge. Elm-Strasbourg (Elsas). Hat schon die allgemeine wirtschaftliche Krisis in einer Zeit, in der ein normaler Geschäftsgang gewöhnlich ist, zu so vielen und auch wohlberechtigten Klagen Anlaß gegeben, so ist jetzt, nachdem die stille Zeit über uns hereingebrochen ist, die Lage der Gewerbetreibenden geradezu eine trostlose geworden. Wohl trat auch in einer Zeit, in der hier noch ein anderer Wind wehte, zuweilen eine Geschäftsstockung ein, nie jedoch in solchem Maßstabe wie eben jetzt; es war gewöhnlich nur ein momentaner Stillstand vorhanden, welcher einem um so kräftigeren Verkehresleben Platz machte, und wurde daher gewöhnlich als ein gutes Omen von Seiten der Geschäftsleute angesehen. Heute ist dies jedoch anders: auch nicht im Enferntesten läßt sich eine Besserung der wirtschaftlichen Lage bestimmen, Fallimente und Zwangsversteigerungen sind hier an der Tagesordnung; dazu gesellen sich Arbeiterentlassungen und Reduktion der Löhne als treue Bundesgenossen. Die vielgepriesene Stadterweiterung, von der so mancher Arbeiter eine Besserung seiner traurigen Lage erhoffte, blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Die kaiserlichen Werkstätten, welche sonst Hunderte von Arbeitern beschäftigten, stehen fast ganz leer, und die wenigen Bevorzugten, welche noch darin beschäftigt sind, müssen mit einem Bruchtheil gegenüber dem früheren Lohne zufrieden sein. Auch die niederen Bahnbediensteten erfreuen sich schon seit längerer Zeit einer bedeutenden Reduktion ihrer Gehälter. Dabei erreichen die Lebensmittelpreise eine schwindelhafte Höhe, und können daher manche Artikel, welche vor Jahren noch in die Küche der minder Bemittelten wanderten, ihren Platz auf dem Küchenzettel nicht mehr behaupten. Daß auch hier die Speculation und das Jagen nach Schätzen im Wesentlichen die Schuld an der Theuerung der Lebensmittel trägt, ist nicht zu leugnen, und es wäre deshalb eine umsichtige Marktpolizei für die Bevölkerung von großem Nutzen. Da aber die Wünsche der Arbeiter gewöhnlich unter die „frommen Wünsche“ gezählt werden, so wollen wir es für heute bei dem Angeführten bewenden lassen.

Heidelberg, 6. Nov. Dienstag den 24. Octbr., hielten wir hier eine sehr gut besuchte Volksversammlung, im Lokale des „Hausen Platz“, ab, trotzdem der 24. October der letzte Freitag war. Die Tages-Ordnung lautete: „Die nächste Reichstagswahl und die Sozialdemokratie“. Referent, Herr Aug. Dreeßbach, erledigte die T.-O. zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden. Redner setzte auseinander, daß man der Wahl nicht gleichgültig zwischen dürfe; man müsse dafür sorgen, daß nicht Leute in den Reichstag gewählt werden, welche nur Klasseninteressen, und zwar die Interessen der besitzenden Klassen vertreten. Wahre Volksvertreter, denen das Wohl des gesammten Volkes am Herzen liegt, seien zu wählen. Darauf geistelte Redner die heutigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in so gebieterischer Weise, daß selbst unsere Gegner ihre befalligen Bemerkungen nicht unterdrücken konnten. Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. Zum Schluß wurde Hr. Aug. Dreeßbach als Arbeitercandidat für Heidelberg aufgestellt. Somit ist denn die Agitation zur nächsten Reichstagswahl im Gange. Heilmann. Robert Rappohl, Schriftf.

